

Am 4. Februar 2021 jährt sich der Geburtstag Friedrich Eberts zum 150. Mal. Ihm wird man weder gerecht, wenn man ihn zur negativen Symbolfigur der nicht gelungenen demokratisch-sozialistischen Revolution abstempelt, noch wenn man ihn zum verkannten Idol einer verantwortungsethischen Politik stilisiert.



Reichspräsident Friedrich Ebert
(1923)

Mit 23 Jahren Partei-Gastwirt in der Bremer Neustadt, heiratete er Louise Rump, eine aktive Gewerkschafterin und 2. Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes. Mit 29 Jahren übernahm er die mit 2000 Mark jährlich bezahlte Funktion eines Arbeitersekretärs in Bremen. Mit 34 Jahren wurde er Sekretär des Parteivorstandes in Berlin.

Ebert war ein praxisorientierter Mann; diese Praxis verknüpfte er mit einer vom Parteimarxismus vorgegebenen Weltanschauung. Praktische Alltagsarbeit und Zukunftsvergewisserung erschienen ihm aufeinander bezogene Bestandteile Ein- und desselben. Das Verbindende war für ihn das Demokratiegebot. Das hieß: Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, individuelle und kollektive Freiheitsrechte, Beseitigung der Ausbeutung der arbeitenden Menschen und die Aufhebung der die Klassengrenzen bestimmenden Privilegien. Der Weg dahin führte für ihn über die Demokratie in ihrer parlamentarisch-repräsentativen Form.

Angesichts hoher Erwartungen der Zeitgenossen an ihn und entsprechender Enttäuschungen, und entgegen allem, was auch im nachhinein gegen ihn einzuwenden bleibt, hat Friedrich Ebert den längst überfälligen demokratisch-parlamentarischen Neuanfang gewagt und hat verantwortliche Orientierungsmarken für eine soziale Republik gesetzt. Er hat die Demokratie gewagt, so dass viel später andere »mehr Demokratie wagen« konnten.

Die Verantwortung für das Scheitern der ersten deutschen Republik – sie trifft ganz allein die gesellschaftspolitisch reaktionären Kräfte im konservativen Lager und die im nationalistischen Sumpf versunkenen Teile des deutschen Bürgertums.